

Rundfunkbeitrag bleibt stabil: Länderchef-Entscheidung sorgt für Aufruhr!

Die Ministerpräsidenten der Länder haben am 12. Dezember 2024 entschieden, dass der Rundfunkbeitrag bis auf weiteres bei 18,36 Euro bleibt. Ein Verfahren beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe könnte jedoch zu einer künftigen Erhöhung führen.



Karlsruhe, Deutschland - Bei der kürzlich abgehaltenen Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin wurde entschieden, dass der Rundfunkbeitrag vorerst nicht erhöht wird. Die Chefs der Bundesländer einigten sich, dass der monatliche Beitrag von derzeit 18,36 Euro auch in den Jahren 2025 und 2026 stabil bleibt. Dies verkündete Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU), und auch Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bestätigte die Entscheidung nach intensiven Diskussionen unter den Ländern. Zuvor gab es Überlegungen, den Beitrag um 58 Cent auf 18,94 Euro zu

erhöhen, doch diese Pläne sind vorerst vom Tisch, wie **Merkur** berichtete.

Bundesverfassungsgericht entscheidet über Erhöhung

Inzwischen liegt die Frage der künftigen Höhe des Rundfunkbeitrags beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. ARD und ZDF hatten im November Verfassungsbeschwerde eingereicht, um eine Erhöhung des Beitrags durchzusetzen. Dabei ist noch unklar, wann und wie das Gericht entscheiden wird, was sich auf die Finanzplanung der öffentlich-rechtlichen Sender auswirkt. Mehrere Bundesländer haben die Medien aufgefordert, ihre Klage zurückzuziehen, was jedoch von den Sendern abgelehnt wurde, wie der **Kölner Stadt-Anzeiger** berichtete.

Zusätzlich zu dieser Entscheidung planen die Ministerpräsidenten Änderungen am Verfahrensmodell zur Festsetzung des Rundfunkbeitrags. Ziel ist es, einen einfacheren Anpassungsprozess zu etablieren, insbesondere für geringe Beitragserhöhungen. Diese Neuerungen sind im Kontext der laufenden Diskussionen um die Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sehen. Offensichtlich drängt sich die Frage auf, ob die Sender den nötigen Reformwillen zeigen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen, nachdem jüngste Skandale wie der RBB-Skandal für Verunsicherung gesorgt haben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Karlsruhe, Deutschland
Quellen	• www.merkur.de • www.ksta.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at